

Positionspapier vom 03.11.2022

Demokratiebildung sichern!

"Heißer Herbst" titeln die Nachrichtenmagazine. Und auch in Thüringen finden sich Montag für Montag aufgebrachte Bürger*innen im Dunstkreis rechter Demagogen auf den Märkten der Städte und Gemeinden zusammen. Der Blick auf den jährlich erscheinenden Thüringen-Monitor zeigt, aktuelle Krisen, wie zuletzt die Pandemie und derzeit die steigenden Energiepreise, wirken sich negativ auf das Vertrauen der Thüringer*innen in das demokratische System und schließlich auch die demokratische Debattenkultur aus.

In diesen unsicheren Zeiten ist eine Demokratiebildung, die zur Stärkung demokratischer Konfliktkompetenzen beiträgt, wichtiger denn je. Der Blick in die aktuellen Entwürfe des Haushalts 2023 stimmt jedoch besorgt: Dort wo Mittel aufgestockt werden müssten, stehen teilweise massive Kürzungen an.

Dagegen stehen wir auf!

Das **Netzwerk Demokratiebildung in Thüringen** ist ein Zusammenschluss von Trägern, die in der Demokratiebildung in Thüringen tätig sind. Es unterstützt die Träger in ihrer Fachlichkeit, stärkt sie in ihrer Sichtbarkeit und sorgt dabei für eine gegenseitige Solidarisierung unter den Trägern und forciert Synergieeffekte.

Die Thüringer Bildungslandschaft ist von einer großen Vielfalt zivilgesellschaftlicher Initiativen, Vereine, Bildungsstätten und anderer Träger gekennzeichnet und hält Angebote für vielfältige Zielgruppen mit unterschiedlichsten methodischen Zugängen bereit.

Demokratiebildung wird hier verstanden als eine Zusammenführung von politischer Bildung, Demokratiepädagogik und Demokratiedidaktik und fokussiert mündige Bürger*innen, die mithilfe partizipativer, inklusiver und emanzipatorischer Methoden in dem Erwerb ermächtigender Kompetenzen unterstützt werden (vgl. May/Patz 2016: Stärken und Schwächen der Demokratiebildung in Aussagen von Expertinnen und Experten. Eine explorative Erschließung für Thüringen, KomRex, FSU Jena, S. 2f). Für viele Bildner*innen in Thüringen eignet sich dieser Begriff als Klammer, der angesichts der Vielzahl der verschiedenen Angebote integrierend wirkt. Allen gemein ist der Anspruch, die Demokratie zu stärken.

Neben anderen, in ihrer Notwendigkeit unbestreitbaren demokratiefördernden Maßnahmen, stellt Demokratiebildung einen äußerst wichtigen Baustein dar! Durch Demokratiebildung werden Menschen in ihrer Entwicklung als mündige Bürger*innen unterstützt, die die Gesellschaft heute

womöglich dringender braucht denn je. Menschen können sich mit demokratierelevantem Wissen ausstatten, sich mit eigenen Vorurteilen gegenüber marginalisierten Gruppen auseinandersetzen, sich mit anderen Streiter*innen für die Demokratie solidarisieren und einander den Rücken stärken und Kompetenzen entwickeln, die sie dazu ermächtigen, kritisch-emanzipativ die Demokratie zu unterstützen und zu gestalten.

Durch die bereits oben benannte Vielfalt der Träger werden eine Vielzahl an Zielgruppen erreicht: neben Kindern und Jugendlichen in Kindergärten, Schulen und Ausbildungsstätten, Bildungsstätten und an vielen weiteren Orten, eben auch Berufstätige, Mitarbeiter*innen von Verwaltung, Justiz und Polizei, Menschen, die sich nicht in Lohnarbeit befinden, straffällige Jugendliche und Erwachsene, religiöse Minderheiten und viele mehr. Nur durch ein differenziertes Angebot in einer differenzierten Trägerlandschaft können auch differenziert verschiedene Zielgruppen angesprochen werden. Diese Vielfalt gilt es zu erhalten und in Zukunft zu stabilisieren und weiter auszubauen.

Trotz der beschriebenen Notwendigkeit von Demokratiebildung werden in den aktuellen Einzelplänen des Thüringer Haushaltsentwurfs 2023 massive Kürzungen im Bereich demokratiebildender Maßnahmen vorgenommen - einem ohnehin unterfinanzierten Bereich.

Unsere Forderungen

Wir als Umsetzende demokratiebildender Maßnahmen brauchen dauerhafte Planungssicherheit für unsere Angebote und fordern daher:

- Mittel für Demokratiebildung in Thüringen massiv aufstocken: Die Zeiten, in denen Demokratiebildner*innen unterbezahlt und prekär arbeiten, müssen endlich beendet werden.
- Zeitnaher Beschluss des Haushalts: Finanzielle Unwägbarkeiten müssen in den Anfangsmonaten 2023 für Träger und Mitarbeitende von Projekten vermieden werden.
- Übergangslösungen einrichten: Verpflichtungsermächtigungen müssen vermehrt auch für die Demokratiebildung Anwendung finden.
- Landesdemokratiefördergesetz beschließen: Demokratiebildung braucht auch auf Landesebene eine dauerhafte gesetzliche Verankerung. Demokratiebildung kann keine freiwillige Aufgabe sein, sondern ist systemimmanent für die Demokratie.
- Globale Minderausgaben verhindern: Eine globale Minderausgabe wie im letzten Haushalt darf es keinesfalls wieder geben. So lange die Demokratiebildung keine gesetzliche Verankerung hat, treffen die veranlassten Kürzungen schmerzhaft die Landschaft der Träger politischer Bildung.

Unterzeichnende Partner*innen

- Bildungswerk BLITZ e.V.
- Bundeswettbewerb Demokratisch Handeln
- DisKurs e.V.

- Distanz - Distanzierungsarbeit, jugendkulturelle Bildung und Beratung - e.V.
- Drudel 11 e.V.
- Eine Welt Netzwerk Thüringen e.V.
- Eric Wrasse, pädagogischer Leiter der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
- Iberoamérica e.V.
- Kindersprachbrücke Jena e.V.
- Klassik Stiftung Weimar
- MOBIT e.V.
- Naturfreundejugend Thüringen
- Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora
- VereinT Zukunft Bilden e.V.